

**Dr. Hannes Androsch und Dr. Claus Raidl im Experteninterview
Recommender-Gala 2012
Oesterreichische Kontrollbank, 1010 Wien
22.05.2012**

(Transkript)

Ich bitte jetzt auf die Bühne den Präsidenten der Oesterreichischen Nationalbank, Dr. Claus Raidl, und ich bitte auf die Bühne den ehemaligen Finanzminister, Vizekanzler, jetzigen Industriellen mit gewichtiger Stimme und großem Anliegen, Dr. Hannes Androsch.

Europa ist in einer äußerst schwierigen, gefährlichen Situation: Proteste, Wahlergebnisse gegen das Kaputtsparen, gute, schlechte, ich behaupte, auch populistische Ratschläge für und gegen Griechenland. Zuerst einmal Sie beide neutral gefragt: Wo stehen wir in Europa und in welche Richtungen kann es gehen?

Dr. Claus Raidl: (Mikrofonausfall) *Jetzt hört man mich. Und diese drei Ausgabenkategorien haben zu dieser Staatsschulden-Krise geführt. Und wo sind wir jetzt in Europa? Wir haben in Europa jetzt eine breite Diskussion, mehr sparen oder mehr wachsen. Das ist eine auch Rechts-Links-Diskussion – aus meiner Sicht zu Unrecht, denn das Sparen, an dem führt jetzt einmal nichts vorbei. Weil die Investoren einfach kein Geld mehr zur Verfügung stellen. Schauen Sie diese Länder an, die unter irgendwelchen Rettungsschirmen sind – EFSF, European Financial Stability Facility, oder ESM, European Stability Mechanism – das soll ja vom einen ins andere übergeführt werden. Die brauchen Geld, aber sie kriegen kein Geld mehr. Und das Sparen ist, glaube ich, für alle notwendig, daran führt kein Weg vorbei. Nun erleben wir aber – wenn Sie Griechenland nehmen, die ja nicht mehr abwerten können – dass die Sparpolitik zu enormen sozialen Spannungen führt. Ich meine, wenn Sie jährlich die Löhne um 20 Prozent senken, was vielleicht früher die Abwertung gemacht hat – das halten Sie sozialpolitisch nicht aus. Daher ist jetzt die Frage: Wie kann ich eine Wachstumspolitik betreiben? Und da stellt sich die Frage: Wer soll das Wachstum finanzieren und wie? Die klassischen Keynesianischen Methoden der Nachfrageerhöhung durch Staatsausgaben oder höhere Transferzahlungen funktionieren nicht, weil der Staat das Geld nicht hat. Jetzt sind Ideen entstanden, wie kann ich Geld, ohne die Staatsschuld zu erhöhen, verwenden,*

um Wachstum zu kreieren. Da gibt's die Idee, viele Fonds, die in der EU noch liegen, ohne Cofinanzierung den Ländern zur Verfügung zu stellen. Dann gibt's die zweite Idee mit den Eurobonds, gibt's die dritte Idee, über die European Investment Bank – die EIB – Projektfinanzierungen zu machen. Das ist also die eine Seite. Ich bin dann gleich fertig.

Die andere Seite – und die wird in der politischen Diskussion ein bisschen vernachlässigt: Muss man nicht auch auf der Angebotsseite was machen?

Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, Beseitigung geschützter Sektoren – sitzen ja einige auch hier herinnen – oder mehr Wettbewerb und mehr Konkurrenzfähigkeit international. Nur, das wirkt auch nicht schnell. Die Thatcher hat zehn Jahre gebraucht, bis ihre angebotsorientierte Politik funktioniert hat.

Also um die Frage zu beantworten, wo steht Europa. Es ist erstens zweigeteilt, es ist wahnsinnig schwierig, Rezepte zu geben. Wenn Sie Professoren fragen, Sie kriegen keine Antwort. Und ich glaube, es ist jetzt die Kunst der Politik, die Sparpolitik weiterzuführen, aber die sozialen Spannungen – das hält kein Land aus. Und es ist die Aufgabe, dass wir Wachstumsimpulse, aber die auch einen Zeitfaktor haben – dass man mit einer Wachstumspolitik versucht, die nicht die Schulden erhöht – das ist eine große Kunst – hier wieder eine Perspektive zu kriegen.

Haben Sie jetzt schon gesagt, wo das Geld für Wachstum herkommen soll?
Eurobonds, Finanztransaktionssteuer?

Dr. Claus Raidl: *Nein. Diese drei Punkte habe ich alle erwähnt. Ich habe die Eurobonds erwähnt, ich habe die EIB erwähnt und habe die Mittel, die ohne Cofinanzierung für die –*

Da gibt's aber noch keinen politischen Konsens.

Dr. Claus Raidl: *Nein, da ist jetzt der Herr Finanzminister am Wort.*

Herr Dr. Androsch, möchten Sie sich da einfädeln? Oder darf ich gleich zu Griechenland kommen? Thilo Sarazin macht PR damit, dass wir keinen Euro brauchen. Der designierte IHS-Chef in Österreich hat gesagt, also Griechenland sollte am besten überraschend austreten aus der Währungsunion, damit die Leute ja nicht ihr Geld abziehen. Die G8 haben eindringlich gewarnt vor einem solchen Schritt, für beide Seiten. Franz Vranitzky hat am Samstag im Mittagsjournal eindringlich gewarnt. Wie ist denn da Ihre Haltung?

Dr. Hannes Androsch: *Ja, vielleicht ist das Buch vom Sarazin entbehrlich. Tatsache allerdings ist, dass es uns – wer ist uns? An vorderster Stelle, und das seit spätestens dem Vietnam-Krieg in Verbindung mit dem Weltraumprogramm und der Great Society des Präsidenten Lyndon Johnson, dass es diesen und uns und inzwischen gemeinsam wie dem Zauberlehrling in der Ballade vom Goethe geht. Nur, wo ist der alte Meister, der den Besen wieder dort hinbringt, wo er immer hingehört hat und wieder gehören sollte? Darüber gehen die Meinungen offensichtlich auseinander. Inzwischen sind schon ganze Bibliotheken geschrieben worden, das hat uns aber auch nicht weitergebracht. Weil insbesondere das Wichtigste ist, was das Organisationsmittel Geld betrifft – neben dem Rad oder der Zähmung des Feuers, Erfindungen der Zivilisation – es lebt vom Vertrauen. Und wenn im Kreditapparat, in der Finanzindustrie, wenn in die Staatsfinanzen und in ihre Solidität das Vertrauen verloren geht, dann wird das brandgefährlich. Aus welchen Gründen immer das eingetreten ist – würde jetzt zu weit führen. Daher müsste sich alles darauf ausrichten, dass wieder in dieses Organisationsmittel – welche Art des Geldes immer – Vertrauen hergestellt wird. Und da sind wir noch nicht sehr weit gekommen. Wir haben zwar die Kernschmelze zunächst einmal – 2007, 2008 – verhindert, aber alles andere bisher noch nicht bewältigt. Wir beschäftigen uns mit der Euro-Krise – ich kann sagen, es ist auch eine Dollar-Krise. Mit Griechenland – natürlich, ist auch ein Problem, aber gemessen an der Problematik ein Nebenthema. Wir reden von Griechenland, meinen aber die eigenen Banken jeweils. Wir haben ein gemeinsames Währungssystem, aber keine gemeinsame Finanzindustrie. Das heißt, hier ist die nationalstaatliche Souveränitätsillusion immer noch gang und gäbe, obwohl die Banken international tätig sind. Unsere Banken haben eine Bilanzsumme von 1000 Milliarden, davon 50 Prozent im Ausland. Und wer trägt das Risiko? Wir Nationalstaaten. Das gilt für die anderen in gleichem Maße. Im Griechenland-Exposure für Deutschland und Frankreich und Großbritannien noch sehr viel mehr als bei uns. Bei uns gilt es insbesondere für das Ost-Exposure, und das in Verbindung mit völlig ungenügender Kapitalausstattung. Ich komme schon zum Schluss: Man braucht nur bei Alan Greenspan nachzulesen, seine Memoiren, wo er schildert, es hat eine Zeit gegeben, wo die Eigenkapitalausstattung der Banken 40 Prozent war und sie haben acht Prozent des Gesamtgewinnes in Amerika erzielt. Und jetzt haben wir zwei Prozent zum Teil – oder nicht sehr viel mehr – echtes, risikoabsorptionsfähiges Kernkapital, und sie machen 40 Prozent aller Gewinne. Und das sind Scheingewinne. Und wenn es schiefgeht – weil eben Zauberlehrling – dann*

müssen wir das tragen und bringen die ohnehin längst von sich aus in Schiefelage geratenen öffentlichen Haushalte zusätzlich in noch größere Schiefelage.

Das heißt, wir müssen vermeintliche nationalstaatliche Souveränität aufgeben, um europäische Souveränität zu erlangen. Das heißt, Europa fehlt die wirtschaftliche und politische Führung zur Einigkeit?

Dr. Hannes Androsch: *Das beginnt schon bei den Banken. Wir haben eine Währungsunion, aber wir haben keine Mindeststandards für eine gemeinsame disziplinierende Fiskalpolitik. Und wir haben Banken, die überall agieren und das Risiko akkumulieren, aber nationalstaatlich reguliert werden und das Risiko nationalstaatlich getragen wird. Und das ist der Unterschied zu den Vereinigten Staaten, die ja im Grunde sehr viel mehr verschuldet sind, als das für Europa zutrifft. Und niemand sagt, Kalifornien oder Idaho oder Louisiana oder New Jersey oder Illinois sollen aus dem Dollar-Raum austreten. Der würde in Amerika ja sofort eingeliefert werden, nicht? Und bei uns sagt das jeder Zweite – Professoren und Buchautoren und alle möglichen sonstigen gescheiterten Leute.*

Dr. Claus Raidl: *Darf ich das historisch ergänzen, was Dr. Androsch gesagt hat? Wir haben zwar die Währungsunion gemacht, physisch vor zehn Jahren, mit fixen Wechselkursen vor 13 Jahren. Aber wir haben – was damals den Leuten auch schon bewusst war – keine politische Union gemacht. Was heißt das? Kein Finanzminister, keinen Wirtschaftsminister, der einen Mindeststandard setzt. Und es gibt ein gutes Buch von Frau Prof. Theresia Theurl, die war damals in Innsbruck. Ich glaube, es war ihre Habilitationsschrift, jetzt ist sie Professorin in Deutschland. Da hat sie zwölf Währungsunionen untersucht – die ladinische, die skandinavische – die alle auseinandergebrochen sind. Hat den Bismarck untersucht, der 1871 das Deutsche Reich gegründet hat und fünf Jahre gebraucht hat, bis er alle lokalen Nationalbanken – die Letzte war, glaube ich, die von Bremen – in sein System gebracht hat. Und mit einer starken politischen Führung hatte er dann eine Einheitswährung. Und der Succus dieser Untersuchung ist, dass eine Währungsunion dann nicht von Bestand ist – die skandinavische ist, glaube ich, in den 20er-Jahren auseinandergefallen, die ladinische auch, und die anderen – wenn es keine politische Union gibt. Und das ist eben das große Problem, nationale Rechte nach Brüssel abzugeben. Und das ist auch ein enormes politisches Problem, so wie ich das sehe. Weil kein Politiker in Österreich zum Beispiel traut sich sagen, wir müssen mehr nach Brüssel gehen. Im*

Gegenteil. Man schimpft über Brüssel, um Stimmen zu gewinnen. Vor 30 Jahren war das genau umgekehrt. Da haben die Politiker Stimmen gewonnen, indem sie für Europa waren. Und da sehe ich das große politische Problem. Wie können wir das Notwendige für eine Währungsunion an gemeinsamen Strukturen erreichen, wenn politisch so gegen eine weitere Abgabe an Brüssel agiert wird?

Und man muss auch eines sehen: So eine Kompetenz in Brüssel muss natürlich sein, dass die nationalen Budgets vorgelegt werden. Jetzt haben wir das europäische Semester, wie das dort so schön heißt in dem reformierten Stabilitäts- und Wachstumspakt. Es muss natürlich heißen, dass Brüssel einem Land, das große Ungleichgewichte in der Leistungsbilanz hat, natürlich sagt: Bitte, ihr müsst's wettbewerbsfähiger werden, weil auf Dauer wird euch das Leistungsbilanzdefizit keiner finanzieren. Und das Problem bei Griechenland war ja, dass durch den Eintritt in den Euro die Zinsen enorm gesunken sind und damit diese Defizite – und die haben ein Doppeldefizit gehabt die letzten zehn Jahre, Leistungsbilanz- und Haushaltsdefizit. Dass diese Doppeldefizite leicht finanziert wurden. Und die Investoren haben gesagt, Euro ist Euro – bis dann das Umdenken gekommen ist, dass Euro nicht gleich Euro ist, sondern man muss auch aufs Land ein bisschen schauen. Weil eben – im Gegensatz zu Amerika – die Länderrisiken gekommen sind, weil wir in dem Sinn keine Finanzunion sind. Das nur als kleine historische Ergänzung, was Dr. Androsch gesagt hat.

Wie positiv sind Sie denn für die Zukunft Europas und die Zukunft des Euro, wie wir es gerne hätten? Im besten Falle?

Dr. Claus Raidl: *Also für die Zukunft des Euro bin ich sehr positiv. Schauen Sie: Gerade Österreich – was wir vom Euro profitiert haben. Wir haben die letzten zehn Jahre einen Leistungsbilanzüberschuss, auch in 2011 haben wir wieder zwei Prozent oder was erreicht. Das sind – 300 Milliarden ist es – sechs Milliarden Euro oder sowas Leistungsbilanzüberschuss. Wobei es interessant ist, bei der Warenbilanz waren wir im letzten Jahr negativ – da waren wir aber auch schon positiv. Wo wir viel verdienen, ist in der Dienstleistungsbilanz. Das ist ganz interessant, dass wir da in den letzten zehn Jahren sehr gut aufgeholt haben. Also ich glaube, der Euro ist für alle – auch für die Griechen bitte. Wenn sie den Euro nicht haben und in ihre Währung zurückgehen – erstens kann keiner abschätzen, was das für den Euro insgesamt heißt, für Portugal, Spanien, die berühmte Contagion, also Ansteckungsgefahr. Und zweitens sind ja die Schulden dann, wenn sie die Drachme*

um 50 Prozent abwerten – die neue Drachme – haben sie ja trotzdem die Schulden in Euro. Oder die Schulden, die die Griechen in Deutschland haben – 40 Milliarden, glaube ich, in Frankreich 60 Milliarden.

Also ich bin nicht, weil ich da eine Funktion in der Nationalbank habe – sondern ich glaube, es muss alles getan werden, um den Euro zu retten. Und so ein Professor, wie sie da alle herumrennen, die sich locker ins Fernsehen setzen – sofort austreten. Da habe ich einem unlängst gesagt im Club 2: Sie sagen das leicht, aber wissen Sie, was dahintersteckt? Natürlich, damit kriegt man Aufmerksamkeit und das ist natürlich für Professoren auch notwendig, weil die Bücher liest eh keiner, jetzt muss er's im Fernsehen versuchen.

Darf ich Sie beide bitten, dass Sie Ihren Blick nochmal verengen und auf Österreich schauen? Wir haben ja auch unseren Stabilitätspakt. Herr Dr. Androsch, Sie standen in den vergangenen Wochen und Monaten sehr stark als Gesicht und Stimme für das Bildungsvolksbegehren. Wir haben ja keine Rekordarbeitslosigkeit von elf Prozent in Österreich, bei uns ist nicht jeder zweite Jugendliche arbeitslos. Tun wir das Richtige? Sind wir die letzte Insel der Seligen? Sind wir strukturell auf dem richtigen Weg? Oder reden wir davon noch?

Dr. Hannes Androsch: *Also zunächst möchte ich mich bei Dr. Raidl für die 20 Jahre bedanken – ich nehme sie gerne an. Es geht uns vergleichsweise so gut, dass Krankjammern und Schlechreden falsch am Platz wären. Es geht uns aber nicht so gut, dass Gesundbeten und Schönreden angebracht wären. Das gilt jedenfalls für die öffentlichen Finanzen, die schon seit vielen Jahren und zunehmend in Schieflage geraten sind, für die falschen Zwecke nota bene und nicht für die Zukunft ausgerichtet. Und das gilt auch für unsere Finanzindustrie. Wir sind overbanked, wir haben zu viele Banken. Wir sind overbranched, wir haben zu viele Filialen, in Österreich verdienen sie nichts. Und um das zu kompensieren, sind wir inzwischen overexposed in einer Art östlichem Goldrausch, einen kalifornischen, nur in die falsche Richtung und ohne Gold.*

Und jetzt haben wir zwar – richtig – vor knapp vier Jahren die Kernschmelze auch verhindert, aber seither strukturell nichts gebessert. Das Konsolidierungspaket verdient diesen Namen nicht und der Stabilitätspakt mit den Ländern – das ist ein rein internes Problem – ist den Namen und das Papier nicht wert, weil es ist überhaupt kein Stabilitätspakt. Und ich erwähne nur ein Detail, was dazukommt bei den Landeshypothekenanstalten, wo es noch solche gibt: Wenn die Haftungen

wegfallen und die Anleihen, mit denen diese Haftungen aufgelegt wurden, abreifen, dann haben wir 2017 ein Liquiditätsproblem von ungefähr acht, neun Milliarden. Das hängt so wie eine drohende Schneelawine nur aus diesem Bereich. Und heißen Landeshypothekenanstalten und haben zum Beispiel in Sizilien das Geld verbraten, nicht? Und das ist dann Föderalismus. Föderalismus mit angehängtem Sizilien oder was immer. Also da gibt's reichen Unfug zu beseitigen.

Herr Dr. Raidl, Sie widersprechen nicht – ich habe Sie nicken gesehen?

Dr. Claus Raidl: *Ich widerspreche nicht. Eines – mit dem Overbanked gebe ich Dr. Androsch Recht. Dadurch haben wir auch so eine geringe Zinsspanne, das muss ich jetzt im Sinne der Banken sagen, und nicht als Konsument, sondern als Aufsicht. Die Zinsspanne der österreichischen Banken ist wirklich international im unteren Drittel. Dabei hätten wir alle ein Interesse, Eigenmittel aufzubauen etc. – brauche ich in diesem Kreis nicht weiter erwähnen. Die Sache mit der Kernschmelze, das stimmt auch. Und dann möchte ich auf eines hinweisen, was die Banken sehr oft übersehen, vor allem die Apostel oder Paläoliberalen in deren Vorständen. In dieser Phase 2008/2009, um die Kernschmelze zu verhindern, war nur einer, der das vorhin besprochene Vertrauen den Banken zurückgegeben hat – nicht die Banken, sondern der Staat. Und das sage ich allen Liberalen: Wenn da der Staat nicht gewesen wäre, aktiv – dass auch diese ein neues Staatsverständnis entwickeln müssen. Sie wissen, da war die 100-prozentige Einlagensicherung, also ganz wurscht, wie hoch, es wurde alles gesichert. Das hat den Bankrun verhindert und alles, also die Kernschmelze in jeder Hinsicht. Und da muss ich schon sagen, bei den Banken – wir haben jetzt drei mit Staatsbeteiligung – da nehme ich nicht das Partizipationskapital – und da frage ich mich schon auch öfter, irgendwann müssen wir jetzt zu einer Strukturbereinigung kommen. Ich weiß, das ist ein furchtbar heikles – „une chose délicate“, wie die Franzosen sagen würden, „touchy subject“. Aber irgendwann, wenn der Staat – also die 43 Prozent bei den Volksbanken, die 100 Prozent Kommunal und 100 Prozent Hypo Alpe Adria – da, glaube ich, müsste man sich schon überlegen, wie man das macht. Aber da muss ich den Ball zurückgeben. Das liegt in der Aufgabe der FIMBAG, wo der Herr Androsch der Vizepräsident des Aufsichtsrates ist.*

Dr. Hannes Androsch: *Die FIMBAG ist eine reine Treuhand-Agentur des Finanzministeriums, die selber keine exekutiven Entscheidungen trifft. Das ist ein Missverständnis. Und ich bin sehr zufrieden, dass ich von allem Anfang an – als man*

merkte, dass das Finanzministerium politisch entscheiden will, von außen, von der Banklobby gesteuert – dass wir keine Verantwortung dafür übernehmen, sondern nur treuhändige Aufgaben durchführen. Und das ist der Zustand. Da kann man natürlich auch sagen: Für was brauchen wir die FIMAG überhaupt?

Dr. Claus Raidl: Aber bei der Restrukturierung stimmen wir, glaube ich, überein. Vielleicht eine relativierende Bemerkung zum Ost-Engagement der österreichischen Banken. Das liegt bei 300 Milliarden, ohne Bank Austria.

Dr. Hannes Androsch: Ja. Das ist das österreichische Sozialprodukt.

Dr. Claus Raidl: Ja, es ist ein Jahr BIP. Darf ich dazu etwas sagen. Man muss das schon differenziert sehen. Zum Beispiel – das habe ich nämlich auswendig im Kopf – sind davon alleine 55 Milliarden in der Tschechischen Republik. Und das Risiko in der Tschechischen Republik ist anders zu sehen als in Ungarn, in Bulgarien oder der Ukraine. Also man muss Osteuropa, was der Herr Krugman leider nicht tut, schon differenziert sehen. Und insgesamt – und ich bin kein Lobbyist der Banken – war aber das Ost-Engagement der Banken schon eine Erfolgsgeschichte. Wir haben jetzt gewisse Probleme, was in Ungarn zum Beispiel durch die dortige Gesetzgebung zum Teil entstanden ist mit diesen fixen Kursen bei Fremdwährungskrediten usw. Aber ich glaube, der Weg dorthin war richtig. Jetzt muss man – was die Banken, glaube ich, auch zusammenbringen, und die Wachstumsraten werden dort in den nächsten Jahren sicher höher sein als im alten Europa. Daher glaube ich, ist die Position, die wir dort haben, mittelfristig schon sehr gut, um dort wieder viel zu verdienen, was ja eh jetzt schon wieder der Fall ist. Aber es war ein Schritt – und dass der Moral Hazard dahinter ist, das will ich nicht bestreiten. Das ist ja bei allen diesen Banken, vor allem bei den Investmentbanken. So wie in der Hypo Alpe Adria stelle ich mir das vor. Die haben sich gedacht, letztlich zahlt das Land. Das ist der berühmte Moral Hazard. Ich gehe riskant hinein, wenn es gut geht, kriege ich einen Bonus, wenn es schlecht geht, zahlt das Land und ich gehe mit einer Pension und Abfertigung nach Hause, was ja auch tatsächlich der Fall war. Und da, glaube ich, muss noch ein gewisses Umdenken kommen. Das hat jetzt aber mit dem Osteuropa-Engagement nichts zu tun.

Der Paul Krugman kommt da nicht mehr heraus. Ich weiß, Sie müssen gehen, ich weiß, ich überziehe bereits für Ihren nächsten Termin. Daher meine Abschlussfrage vor diesem Auditorium, um den Kreis zum Vertrauen zu schließen: Was sind denn die dringendsten To Do's für die heimischen Banken? Was ist denn Ihr Appell?

Dr. Hannes Androsch: *Ja, den erwähnten Strukturbereinigungsprozess wenigstens einzuleiten. Da haben wir dreieinhalb Jahre nach der Rettung nichts getan, also verloren, und haben das verschlechtert und verteuert. Das könnte man jetzt im Einzelfall deklinieren. Und die öffentlichen Finanzen sind lange schon verbesserungsbedürftig, durch die Folgen der Krise in noch größerem Ausmaß. Aber das ist eine schwierige Therapie. Das ist nicht mit entweder nur Konsolidierung oder die Konsolidierung ignorieren und nur Wachstum oder vielleicht doch auch denken, dass man – siehe bei den Banken, aber auch anderswo, Arbeitsmarkt – Strukturveränderungen vornehmen muss. Also ein Dreiklang. Und kurzfristig ist die Aufgabenstellung die – wie bei einem Rallyefahrer vor einer scharfen Kurve. Logischerweise muss er bremsen, und zwar kräftig, sonst fliegt er hinaus. Aber er darf die Tourenzahl nicht verlieren und muss daher auf dem Gaspedal stehen bleiben, dass er aus dem Kurvenscheitel mit voller Tourenzahl wieder die Geschwindigkeit aufnehmen kann. Alles drei haben wir bislang nicht gemacht.*

Dr. Claus Raidl: *Bitte – Ihre Frage, Frau Bauer, an die drei hier vertretenen Finanzinstitute – Versicherungen, Bausparkassen, Banken. Was hätte ich für Wünsche, um Vertrauen zurückzugewinnen? Ich war selber sieben Jahre in einer Versicherung. Den Versicherungen würde ich empfehlen, endlich ein bisschen rascher, kulanter und kundenfreundlich bei der Liquidation zu sein. Liquidität heißt, Behebung eines Schadensfalles.*

Bei den Bausparkassen würde ich empfehlen zu versuchen, durch höhere Zinsen den Verlust an Prämie wettzumachen. Müssen sie halt ein bisschen Kosten sparen. Und bei den Banken würde ich empfehlen, auf der Veranlagungsseite eine ordentliche Beratung zu machen, die wieder Vertrauen zurückgewinnt, und auf der Sollseite ordentlich Kredite zu vergeben.

Das war die Sicht eines steirischen Stahlarbeiters – ich weiß, dass das ein bisschen primitiv ist. Danke.